

Luxemburg

Wichard Woyke

Es wurde das Jahr der Auseinandersetzungen mit den großen Nachbarn, die teilweise recht polemisch geführt wurden. So gab es erst einmal im Herbst 2010 Polemiken über beide Seiten der gemeinsamen luxemburgisch-französischen Grenze hinweg. Zunächst hatte die aus Luxemburg stammende EU-Justizkommissarin Vivienne Reding die französischen Roma-Abschiebungen angeprangert und die Kommissarin zog auch in Erwägung, ein Verfahren wegen großräumiger Abschiebungen von Roma aus Osteuropa gegen Frankreich einzuleiten. Solche Vorwürfe regten den konservativen Senator Marini zu einer Replik an, die über die historische Entwicklung Luxemburgs ging und Marini bedauerte dabei, dass Napoleon III. und Bismarck 1867 Luxemburg nicht eliminiert hätten. Dies führte wiederum beim luxemburgischen Außenminister Asselborn zu der Aussage, dass Marinis Äußerungen selbst die Ansichten des Rechtsextremisten Le Pen übertreffen würden. Könnte man eigentlich die ganze Begebenheit als Posse behandeln, so wird darin doch deutlich, dass in ihr auch ein verändertes Souveränitätsverständnis zum Tragen kommt. Dieses schränkt nicht nur die Souveränität der Großen ein, sondern eröffnet auch Vertretern von Kleinstaaten mittels europäischer Institutionen eine Möglichkeit, die Großstaaten an ihre Pflichten durch Mitgliedschaft in europäischen Organisationen zu einem bestimmten politischen Verhalten aufzurufen. Dabei wurde den größeren Staaten deutlich gemacht, dass sie durch ihre EU-Mitgliedschaft Einschränkungen in ihrer nationalen Politik unterliegen. Anders ist die auf dem Herbst-EU-Gipfel gemachte polemische Äußerung des französischen Staatspräsidenten Sarkozy, dass doch Redings Heimatland, also Luxemburg, die Roma aufnehmen sollte, kaum zu erklären.

Europapolitik – Die Griechenlandkrise

Die Griechenlandkrise beeinflusste auch 2010/2011 in großem Maße die luxemburgische Politik. Premierminister Juncker, der gleichzeitig auch Vorsitzender der Euro-Gruppe (16/17 Euro-Staaten) ist, entwickelte sich immer stärker zum Gegenspieler des deutsch-französischen Gespanns Merkel/Sarkozy. Angesichts der deutsch-französischen Konsultationen im Oktober 2010 im Seebad Deauville in der Normandie einigten sich der französische Staatspräsident und die deutsche Bundeskanzlerin darauf, dass bei zukünftigen Verletzungen des Stabilitätspakts die Sanktionen „automatisiert“ werden sollten. Es solle vor allem geahndet werden, wenn ein Land keine ausreichenden Sparanstrengungen unternähme. Der Sanktionsmechanismus sollte nur innerhalb der Euro-Zone greifen und nicht in allen 27 europäischen Mitgliedstaaten, hieß es weiter. Darüber hinaus verständigten sich beide Politiker auf „präventive Sanktionen“. Diese sollen in Form von verzinlichen Einlagen „stufenweise“ greifen, sollte ein Mitgliedstaat „in besonders signifikanter Weise vom Anpassungspfad“ zur Haushaltskonsolidierung abweichen. Die Entscheidungsgewalt sollte jedoch beim Europäischen Rat verbleiben, der mit qualifizierter Mehrheit zunächst über die Eröffnung eines Defizitverfahrens zu befinden haben soll. Der deutsch-französische Kompromiss ebnete den Weg für eine Einigung der Arbeitsgruppe zur Reform der Wäh-

rungsunion unter Leitung von EU-Ratspräsident van Rompuy. In einem weiteren stark umstrittenen Vorschlag einigten sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Nicolas Sarkozy auch darauf, den EU-Vertrag von Lissabon zu ändern: Länder, die in einer ähnlichen Krise wie Griechenland stehen, sollten ihre Insolvenz erklären. Außerdem könnten sie ihr Stimmrecht in den EU-Räten verlieren. Damit hatten die Bundeskanzlerin und der französische Staatspräsident eine Sondervereinbarung zur Reform der Eurozone vorgeschlagen und vermeintlich beschlossen.

Die Einigung, die Frau Merkel und Nicolas Sarkozy über die künftige Stabilität des Euro erzielt hatten, wirkte auf die meisten der anderen 25 EU-Staaten wie ein kalter Guss, und wurde teilweise als deutsch-französisches Diktat perzipiert. Es war kein diplomatisches Meisterstück, was Merkel und Sarkozy mit dieser Politik von oben verkündet hatten. Mit ihrem Vorpreschen verprellten Merkel und Sarkozy die übrigen EU-Staaten, besonders die Kleinststaaten. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn kritisierte den in Deauville ausgehandelten deutsch-französischen Kompromiss zur Reform des EU-Stabilitätspakts scharf.¹ Im ZDF sagte Asselborn, dass es „eigentlich politisch irrsinnig sei“, jetzt den EU-Vertrag ändern und solche Sanktionen beschließen zu wollen. Der Beschluss von Deauville – so Asselborn – hätte die Europapolitik etwas vergiftet, da die Garantie für den Rettungsschirm der Deutschen und Franzosen von 50 Prozent des 750-Milliarden-Pakets zum Schutz des Euro nur bis 2013 gelte und als Drohung im Raum stand. Asselborn bezeichnete den Beschluss von Deauville als absolut nicht durchsetzbar. Zwar hätten Deutschland und Frankreich den europäischen Integrationsprozess oft vorangebracht, doch diesmal schienen für Asselborn nur die nationalen Interessen dieser zwei Länder zu zählen, was aber nicht im Interesse Europas wäre.

Auch Premierminister Juncker kritisierte den Beschluss von Deauville und wandte sich vor allem gegen einen avisierten möglichen Stimmrechtsentzug. „Um es klar zu sagen: Stimmrechtsentzug für Haushaltssünder ist kein gangbarer Weg, und ich schließe in dieser Frage jede Änderung des EU-Vertrags aus“.² Juncker attackierte die Bundeskanzlerin und Präsident Sarkozy, als er im gleichen Interview erklärte: „Wenn Regierungen bis etwa Mitte der Neunzigerjahre vor der Frage standen, ob sie eine nationale oder europäische Streckenführung wählen sollten, dann nahmen sie im Zweifelsfall die europäische – trotz aller innenpolitischen Widerstände. Heute ist es sehr oft so, dass Regierungschefs die nationale Route nehmen, weil sie einfacher zu Hause zu erklären ist“.³ Der Schlagabtausch zwischen Juncker und Merkel im Zusammenhang mit einer Lösung der Griechenlandkrise setzte sich im Winter fort, als Juncker die Idee einer gemeinschaftlichen Anleihe ins Spiel brachte, was Merkel strikt ablehnte. Daraufhin warf ihr Juncker eine „uneuropäische Art“ und „simples Denken“ vor.⁴ Mit dem Beschluss auf dem EU-Sondergipfel im Juli 2011, die Kompetenzen des EU-Rettungsfonds (EFSF) auszuweiten – er kann in Zukunft einzelnen Euro-Ländern Kredite zur Verfügung stellen, die nicht abgerufen werden müssen; sie sind als Vorsichtsmaßnahme gedacht, wenn ein Land droht, in finanzielle Schwierigkeiten zu geraten –, nähert sich die EU eher den Vorstellungen von Ministerpräsident Juncker an als den deutsch-französischen Beschlüssen von Deauville.

1 Asselborn, Jean: Discours, à l'occasion du „Krönungsfestmah“, Aix-la-Chapelle, 23.10.2010.

2 Jean-Claude Juncker: Interview in „Die Welt“ vom 28.10.2010 zum deutsch-französischen Vorschlag von Deauville und einer Reform der EU-Verträge.

3 Ebd.

4 Juncker wirft Merkel simples Denken vor, in: spiegel-online vom 08.12.2010.